

Gegen den Irrweg nach rechts – Für einen Frieden sichernden, demokratischen, ökologischen und sozialen Ausweg aus der Krise

Ein Diskussionsangebot aus dem Netzwerk Kommunistische Politik

INHALT

Wo stehen wir und wie geht's weiter?.....	- 1 -
I. Gesundheit und Corona.....	- 5 -
II. Wohnen	- 8 -
III. Sozial-ökologische Transformation und Industrie	- 10 -
IV. Rüstung/Kriegsgefahr	- 13 -
V. Demokratie und Rechtsentwicklung	- 15 -
VI. Digitalisierung.....	- 17 -
VII. Vernetzung/Bewegungen.....	- 19 -
Wie geht es weiter?	- 21 -

Autor:innenkollektiv: Isa Paape, Thomas Hagenhofer, Georg Polikeit, Klaus Stein

Wo stehen wir und wie geht's weiter?

Ein Hauptmerkmal der heutigen Situation ist die große Unsicherheit der menschlichen Lebensverhältnisse durch unerwartete Veränderungen und eng miteinander vernetzte, sich gegenseitig aufschaukelnde Krisen.

Kurz vor der nächsten Bundestagswahl zeichnet sich ab, dass diese Wahl nicht zu einer grundlegenden Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland führen wird. Unabhängig davon, ob die CDU/CSU, die SPD oder die Grünen den nächsten Kanzler/die nächste Kanzlerin stellen, werden die vielfältigen, einander überlappenden Krisen fortbestehen, das Leben der Menschen belasten und sie möglicherweise noch mehr als bisher durch schlimme Folgen schädigen.

Das weitere Abrutschen der Regierungspolitik und der Stimmung eines Teils der Menschen nach rechts, aber auch das „Weiter so wie bisher“ ist nicht der Weg heraus aus den Krisen. Eine weitere Rechtsentwicklung bedeutet vielmehr die Wiederholung des Kardinalfehlers der deutschen Geschichte, nämlich des Glaubens an deutsch-nationalistische Parolen, hinter denen nur die Profit- und Machtinteressen der reichen, wirtschaftsbeherrschenden Kapitalkreise stecken, die zwei Weltkriege verursacht haben.

Deshalb wird es auch in Zukunft darauf ankommen, dass wir uns selbst um unser Leben und unsere Zukunft kümmern. Es gilt, dem Irrweg nach rechts entgegenzutreten, dem Kurs der Mächtigen Widerstand zu leisten und durch gemeinsames Handeln in Bewegungen und Bündnissen auf den Gang der Dinge einzuwirken, soziale, ökologische, friedenspolitische und demokratische Fortschritte durchzusetzen.

Die Covid-19-Pandemie machte die Mängel eines weitgehend privatisierten Gesundheitssystems deutlich, das mit zu wenig und zu schlecht bezahltem Personal und mit ungenügenden Ausrüstungen unterversorgt ist, weil es auf die Erwirtschaftung von Gewinn ausgerichtet ist. Ein solches Gesundheitssystem ist lebensgefährlich. Die Regierenden haben sich als unwillig und unfähig erwiesen, die notwendigen

Schutzmaßnahmen gegen den Druck der Wirtschaft durchzusetzen und die Pandemie in den Griff zu bekommen. Aber für die Pharmakonzerne sind Impfstoffe wie die von BioNTech und anderen Pharmakonzernen Quelle von maßlosen Profiten, obwohl die Forschung dafür vielfach mit staatlichen Fördermitteln finanziert worden ist. Schon in naher Zukunft droht laut Experten die Entstehung weiterer Pandemien.

Gleichzeitig haben die Hochwasserkatastrophen im Ahrtal und an der Eifel, in anderen Teilen Nordrhein-Westfalens; Baden-Württembergs, Bayerns, Thüringens und Sachsens sowie in Belgien, den Niederlanden, Frankreich und anderen Staaten Europas mit mehreren hundert Toten, tausenden Verletzten und Milliarden Schäden an privaten Häusern, Straßen, Bahnen und anderen öffentlichen Einrichtungen in Erinnerung gerufen, dass die Klimakrise nicht erst in zwanzig oder dreißig Jahren eine lebensbedrohende Gefahr ist. Sie hat heute bereits katastrophale Auswirkungen. Die Experten des Weltklimarats haben in ihrem jüngsten Bericht schon unmittelbar für die nächsten Jahre die rasche Zunahme extremer Wetterereignisse wie Stark- und Dauerregen, schwere Hagelschläge und Hochwasser, das Abschmelzen des Polareises und der Gletscher und den Anstieg des Meeresspiegels, verheerende Hitzewellen, Dürren und riesige Waldbrände in weiten Teilen der Erde, zerstörerische Orkane und Taifune vorausgesagt. Schon in den nächsten Jahren kann die Klimakrise Kipppunkte überschreiten, an dem ein drastischer Anstieg der Erderwärmung nicht mehr aufzuhalten ist und weite Teile des Erdballs unbewohnbar werden. Nur wenn sofort schnell und mit einschneidenden Maßnahmen gehandelt wird, um die Erwärmung des Erdklimas durch menschenverursachte Treibhausgase zu stoppen, kann die Erderwärmung noch auf 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter begrenzt werden – was auch bereits drastische Folgen für das Leben von Menschen, Tieren und Pflanzen haben wird.

Hinzu kommen andere Umweltschädigungen wie das Abholzen der Wälder, die Vergiftung von Böden und Grundwasser mit Chemikalien, die Verseuchung der Meere mit Plastikmüll. Alles deutet derzeit darauf hin, dass die von den Regierungen verkündeten Klimaziele nicht erreichen werden. Die notwendige Energie- und Verkehrswende, die erforderliche Veränderung des Konsumverhaltens und der Lebensgewohnheiten, die von der kapitalistischen Wirtschaftsweise bestimmt sind, wird von den ,Regierenden gegen den Widerstand der großen Konzerne nicht oder nur viel zu langsam durchgesetzt.

Die Pandemie hatte bedeutende Auswirkungen im Wirtschaftsleben. In manchen Branchen kam es zu zahlreichen Pleiten, Geschäftsaufgaben und der Vernichtung von Klein- und Mittelunternehmen, während sie in einigen wenigen anderen Branchen enorme neue Gewinne zur Folge hatte und die Monopolstellungen dominierender Großkonzerne weiter ausgebaut wurde. Großunternehmen erhielten Millionen „Hilfsgelder“ aus der Staatskasse ohne jegliche Auflagen, wodurch die Staatsverschuldung als Hypothek für die künftigen Generationen auf enorme Höhen anstieg. Lohnabhängig Beschäftigte dagegen erlitten durch massenhafte Kurzarbeit und Entlassungen erhebliche Lohnverluste. Unternehmer und Konzernmanager nutzen die Situation aus, um Beschäftigte zu unbezahlter Mehrarbeit und Überstunden, zur „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit und ungeregeltem Homeoffice zu zwingen. Die Gültigkeit abgeschlossener Tarifverträge wurde durch Ausnahmeregelungen weiter ausgehöhlt, die Tarifbindung von Unternehmen weiter eingeschränkt. Zahllose Selbständige, Klein- und Mittelbetriebe sowie Kulturschaffende wurden dem Ruin ausgeliefert. Aber Großkonzerne zahlten den Aktionären mehr Dividenden als im Vorjahr, auch wenn sie zuvor staatliche „Hilfe“ angenommen haben.

Als Ausweg aus der Krise wird die verstärkte Digitalisierung der Wirtschaft und des Alltagslebens und der vermehrte Einsatz von „künstlicher Intelligenz“ (KI) vorangetrieben. Dies wird die Krisenprobleme aber nicht beseitigen, sondern alle Widersprüche des kapitalistischen Systems weiter verstärken, besonders den Widerspruch zwischen enorm gesteigerter Produktivität und beschränkter Aufnahmefähigkeit der Märkte.

Zugleich leben wir in einer Welt, in der die Kriegsgefahr erheblich angewachsen ist.

Die Rivalität von Großmächten im Kampf um Einflusszonen und Märkte gefährdet den Weltfrieden. Das gilt besonders für das Streben der herrschenden Kreise der USA nach Wiederherstellung ihrer früheren

globalen Führungsrolle. Ebenso für das Streben der EU unter Führung Deutschlands nach einer eigenständigen Rolle in der Weltpolitik.

Der verschärfte Kurs der USA und der EU gegen China und Russland ist die Quelle wachsender internationaler Spannungen. Die Aufrüstung der NATO durch vergrößerte Rüstungsetats und Modernisierung vieler Waffensysteme provoziert weiteres Wettrüsten. Große Manöver direkt an den Grenzen Russlands, im Schwarzen Meer und vor den Küsten Chinas sind brandgefährlich, weil sie die Gefahr plötzlicher militärischer Zwischenfälle vergrößern. Die Einführung hochmoderner neuer Militärtechnik mit automatisierten Waffen und digital gesteuerten automatisierten Abläufen, die Vorbereitung auf Kriegführung mit ferngesteuerten bewaffneten Drohnen machen völlig neue Arten von Kriegen möglich. Mit der Verhängung von Blockaden und Sanktionen gegen Kuba, Russland, China, den Iran, Syrien und Venezuela werden Wirtschaftskriege entfacht, die zu Vorläufern kriegesischer Konflikte werden können. Die Frontstellung der Türkei und Saudi-Arabiens gegen den Iran, die expansive Politik der rechtsextremen Machthaber Israels gegen Palästina sind weitere Quellen von Kriegsgefahr. Die insbesondere von den USA inszenierten und von der EU unterstützten Versuche, in Lateinamerika progressive Entwicklungen durch „Regime change“ und reaktionäre Putsche rückgängig zu machen, tragen gleichfalls zur Destabilisierung des Weltfriedens bei.

Hinzu kommt die weltweite Armutskrise, die zusammen mit den Wirkungen der Klimakrise und lokalen Kriegen Quelle für eine weiter anwachsende Flüchtlingskrise ist. Während in China ein Beispiel der Überwindung von absoluter Armut durch geplante staatliche Maßnahmen geschaffen wurde, wächst weltweit die Kluft zwischen armen und reichen Staaten, auch hinsichtlich des Zugangs zu Impfstoffen gegen Covid 19. Zugleich vergrößert sich innerhalb der einzelnen Staaten der Gegensatz zwischen einer kleinen Minderheit von Superreichen und der großen Mehrheit der Bevölkerung, auch in den wirtschaftlich entwickelten Staaten Europas und den USA.

Es verstärkt sich die Krise der Infrastrukturen und die Krise der kommunalen Finanzen. Brücken, Schulen, Bahnanlagen und andere Verkehrseinrichtungen werden viel zu spät oder gar nicht erneuert. Die Finanznot von Kultur- und Bildungseinrichtungen ist dramatisch. Die Wohnungskrise, besonders in den Großstädten, belastet vor allem junge Menschen. Die Unterausstattung mit bezahlbarem Wohnraum und der Mangel an Sozialwohnungen verbindet sich mit enormen Gewinnen der Immobilienkonzerne, die ihre Monopolherrschaft weiter ausbauen.

Besonders von den verschiedenen Krisenprozessen betroffen sind die Frauen. Die Gewalt gegen Frauen hat zugenommen. Frauen waren die ersten Opfer bei Betriebseinschränkungen und Entlassungen. Es waren und sind vor allem Frauen, die in der Corona-Pandemie ihre Arbeitszeiten reduzieren oder unbezahlten Urlaub nehmen, um Home-Schooling, Betreuung von Angehörigen oder die Organisation des täglichen Lebens abzusichern. In vielen der sogenannten systemrelevanten Berufen wie im Gesundheits- und Erziehungswesen sowie im Einzelhandel waren es vor allem Frauen, die gesamtgesellschaftlich den Laden am Laufen hielten und dabei oft für Niedriglöhne ihre Gesundheit riskierten. Auch sind insbesondere Wirtschaftsbereiche mit einem überproportionalen Frauenanteil von Personalabbau betroffen, zum Beispiel das Gastgewerbe. Und die Milliarden an Wirtschaft und Konzerne gingen vor allem in Bereiche, in denen Frauen unterproportional beschäftigt sind. Eine Studie des Weltwirtschaftsforums kommt zu dem Ergebnis, dass die Gleichberechtigung von Frauen durch die Pandemie um Jahrzehnte zurückgeworfen werde.

Die Krisen im wirtschaftlich-sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Bereich sind die Grundlage für zunehmende politische Krisen, eine Krise der traditionellen Parteien und des parlamentarisch-demokratischen Systems. Das findet seinen Ausdruck vielfach in einem dramatischen Rückgang der Wahlbeteiligung und einem alarmierenden Anwachsen rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher, rassistischer und nationalistischer Stimmungen und Parteien. Die bisher vorherrschenden Parteien wie CDU/CSU und SPD verlieren an Bindungskraft. Teilweise können andere Parteien diese Situation nutzen, um

sich selbst mehr in den Vordergrund zu drängen, wie derzeit die Grünen. Früher oder später wird sich aber herausstellen, dass auch sie den von ihnen geweckten Hoffnungen nicht gerecht werden, weil sie die Vorherrschaft der Interessen der Großkonzerne und Banken nicht antasten.

Noch gefährlicher ist allerdings, dass daraus eine generelle Rechtsentwicklung erwächst, nicht nur in Staat und Politik, sondern auch im Denken großer Teile der Bevölkerung einschließlich erheblicher Teile der Arbeiterklasse.

Auf der staatlichen Ebene zeigt sich dies in immer autoritäreren Methoden der Regierungspolitik ohne Beteiligung parlamentarischer Gremien, in der Stärkung der Befugnisse von Polizei und Geheimdiensten, in zunehmenden Einschränkungen des Demonstrationsrechts und anderer demokratischer Bürgerrechte, im verstärkten Einsatz von Bundeswehr im Inneren.

In der öffentlichen Meinung wachsen rechtsextremer Ansichten und Stimmungen. Das Anwachsen der AfD ist nur die Spitze des Eisbergs. Ausländer- und speziell Islamfeindlichkeit, Ablehnung von Menschen anderer Hautfarbe, Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung, Rassenvorurteile, Wiederbelebung antisemitischer Vorurteile, Gefühle deutschtümelnder nationalistischer Überheblichkeit, tief verankerte antisozialistische und antikommunistischer Denkschablonen sind weit verbreitet. Damit werden die Menschen auf falsche Ursachen ihrer Probleme und falsche Feinde abgelenkt.

Gleichzeitig gerät die Ideologie des Neoliberalismus zunehmend in eine Krise. Das neoliberale Dogma von den „Selbstheilungskräften des Marktes“ verliert an Glaubwürdigkeit. Das massive staatliche Eingreifen in das Wirtschaftsgeschehen mit Milliarden „Hilfsgeldern“ widerspricht dem neoliberalen Dogma. Systemkritische Ansichten bis hin zur Infragestellung des Profitprinzips als entscheidendem Kriterium für das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben nehmen weit über das originär linke Spektrum hinaus zu. Doch diese Veränderungen im ideologischen Klima finden derzeit noch keinen wirksamen Kristallisationspunkt und werden deshalb im politischen Kräfteverhältnis des Landes noch kaum politisch wirksam.

Das Hauptproblem der heutigen Situation ist das Fehlen eines attraktiven Pols der Linken, der einer Alternative zur etablierten Politik zu massenwirksamer Popularität verhilft und in der Lage ist, Unzufriedene und Menschen mit sehr unterschiedlichen Ansichten anzuziehen, zu sammeln und zu vereinen.

Es gibt durchaus Widerstand und Gegenbewegungen, die teilweise auch Erfolge erreichen: Bewegungen für Mietendeckel, Mietenstopp und bezahlbaren Wohnraum, Aktionen von Krankenhausbeschäftigten für bessere Personalausstattung und Bezahlung, Bewegungen wie „Fridays for future“, „Ende Gelände“, „Seebrücke“, „ZeroCovid“ oder die Europäische Bürgerinitiative „Kein Profit durch Pandemie“, die Aktivität von Oxfam oder von sozialen Hilfsorganisationen wie dem Paritätischen Wohlfahrtsverband (Gesamtverband) oder dem Sozialverband VdK u.a.m. Aktivitäten von Gewerkschaften wie Verdi, IG Metall, NGG, GEW, IG Bau, GDL im Zusammenhang mit anstehenden Lohn- und Tarifvertragsverhandlungen trugen zu Ergebnissen bei, auch wenn der Rahmen sozialpartnerschaftlicher Kompromisse damit nicht durchbrochen wurde. Es gibt breite Kreise der Bevölkerung einbeziehende antifaschistische Bewegungen gegen rechtsextreme Aufmärsche und Mordtaten, gegen rechtsextreme Zellen in Polizei und Bundeswehr. Die diesjährigen Ostermärsche und die Aktivitäten gegen den Atomwaffenstandort Büchel bezeugten erneut die Aktionsfähigkeit und Ausdauer der Friedensbewegung.

Insgesamt ist jedoch festzustellen, dass diese Bewegungen noch zu schwach entwickelt sind, um eine grundlegende Wende in der deutschen Politik zu erreichen. Vielfach sind sie nur isoliert voneinander aktiv und kräftemäßig zersplittert.

Die sich zuspitzenden Krisen werfen immer dringlicher die Frage auf, wie wir in Zukunft leben und arbeiten wollen. Sie betrifft und stellt sich vor allem für junge Menschen. Soll es bei der Unsicherheit des Lebens, dem Ausgeliefertsein an große Gefahren, dem Vorrang der Profitinteressen vor den Bedürfnissen der Menschen, beim Anwachsen des Reichtums einer kleinen Minderheit auf Kosten der großen Mehrheit bleiben? Oder brauchen wir im Interesse der Menschen ein anders organisiertes Wirtschafts- und

Gesellschaftssystem, in dem das Allgemeinwohl und die Bewahrung der Natur im Mittelpunkt aller Entscheidungen stehen?

Trotz einer Zunahme systemkritischer Einstellungen fehlt es derzeit an Vorstellungen, wie ein solches anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem aussehen soll und wie es erreicht werden könnte. Im Unterschied zu früher verbindet sich diese Frage heute nicht mehr spontan mit dem Begriff „Sozialismus“. Das ist eine Langfrist-Folge des Zusammenbruchs der „realsozialistischen“ Staaten in den Jahren 1989 bis 1992, die von den Verteidigern des Kapitalismus intensiv zum Schüren von antisozialistischen und antikommunistischen Vorurteilen genutzt wird.

Die Frage nach einem Systemwechsel ergibt sich aber nicht aus vorgefassten Theorien und Doktrinen, sondern aus der heutigen Realität. Vorstellungen für eine grundlegende Veränderung der bestehenden Verhältnisse müssen also aus dieser bedrohlichen Realität von heute abgeleitet und entsprechend den heutigen konkreten Bedingungen erarbeitet werden. Weder Verklärung noch Verteufelung des gescheiterten Sozialismus-Versuchs der Vergangenheit können dabei weiterhelfen. Das Konzept für eine alternative gesellschaftliche Entwicklung kann nur das Ergebnis eines breiten demokratischen Prozesses gemeinsamen Nachdenkens und gemeinsamer Diskussion der Betroffenen sein, im gegenseitigen Respekt von verschiedenen Meinungen und Grundüberzeugungen.

Die aktuellen Krisenprozesse, die Bekämpfung der Klimaveränderung, die nötigen Verbesserungen im Gesundheitswesen, Schritte zur Bekämpfung der Armut können jedoch nicht darauf warten, dass ein grundlegender Systemwechsel durchgesetzt wird. Deshalb beginnt der Kampf dafür heute mit dem Kampf für die Verteidigung bestehender sozialer und demokratischer Errungenschaften und Rechte gegen die Rechtsentwicklung, mit dem Kampf um Reformen zur Verbesserung der heutigen Verhältnisse. Im Ringen um ökologische, soziale und demokratische Fortschritte, gegen Kriegsgefahr und Rechtsentwicklung können sich die Kräfte sammeln und zu Allianzen zusammenfinden, die zur Durchsetzung einer weitergehenden Wende in der deutschen Politik gegen die Macht des Groß- und Finanzkapitals und sein politisches und intellektuelles Exekutivpersonal erforderlich sind.

Ausgehend von diesen Überlegungen stellen wir die nachfolgenden Thesen zu Hauptfeldern des politischen Ringens in der unmittelbar nächsten Zeit zur Diskussion. Wir wenden uns damit nicht nur an die Kommunist:innen innerhalb und außerhalb der DKP, sondern darüber hinaus an die breite Öffentlichkeit, vor allem an die anderen Linkskräfte. Dabei bleiben wir offen für Einwände und Kritik oder Gegenmeinungen. Wir sind nicht der Ansicht, dass wir für alle Fragen und Probleme bereits den Stein der Weisen gefunden haben. Nur aus der Konfrontation unterschiedlicher Ansichten kann die notwendige linke Kraft entstehen, die für die Durchsetzung der Lebensinteressen der Menschen gebraucht wird.

I. Gesundheit und Corona

a) Die Corona-Pandemie entstand nicht als Naturkatastrophe. Das vermehrte Auftreten von Zoonosen (Überspringen von Tierkrankheiten auf den Menschen) ist eng mit der schrankenlosen Ausbeutung von immer mehr Ökosystemen verbunden und ist eine qualitativ neue Situation.

Mit der Corona-Pandemie erfährt die systemische Krise des Kapitalismus eine qualitative Zuspitzung. Sie ist ein Katalysator für die Krisenprozesse und gleichzeitig durch sie verursacht. Durch die fortwährende Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen und das Vordringen des kapitalistischen Wirtschaftens in immer abgelegene Regionen der Welt wird die Gefahr von Zoonosen deutlich gesteigert. Die Kontakte zwischen Menschen und tierischen Krankheitserregern nehmen insbesondere durch die Abholzung von Tropenwäldern zu. Gefördert wird die Übertragung zudem durch den starken Einsatz von Antibiotika, Pestiziden und Hormonen in der Tierhaltung. Über globale Warenströme können sich neue Erreger in kürzester Zeit rund um die Welt auszubreiten. Die jüngste Abfolge von Epidemien spricht leider für eine Fortsetzung. Damit werden Pandemien zu einer zusätzlichen großen Herausforderung für die Menschheit,

ähnlich der Klima- und Umweltkrise, der Hochrüstung, der Ernährungs- und Migrationskrise. Die Pandemie wird zum greifbaren Zeichen der gegenseitig verschränkten Krisen im Kapitalismus.

b) Die Pandemie ist zwar eine die gesamte Menschheit umfassende Bedrohung. Sie wird aber durch die Mechanismen der kapitalistischen Gesellschaft in ihren negativen Auswirkungen deutlich gesteigert.

Die Pandemie trifft in Klassengesellschaften nicht jede/n gleich. Die Arbeiterklasse trägt die größten Ansteckungsrisiken, gleichzeitig bringt sie die höchsten sozialen Opfer. Die jüngsten Börsenrekorde weisen darauf hin, dass es dem Kapital gelungen ist, die Mehrwertproduktion vom Pandemiegeschehen weitestgehend abzukoppeln. In den ärmeren Weltregionen gibt es für arbeitende Menschen nur marginalen Schutz vor dem Virus. Die Gesundheitssysteme sind oft privatisiert und marode. Die Beschäftigten haben die Wahl zwischen Hunger und Ansteckung. In den meisten reichen Regionen weigern sich die Herrschenden trotz vorhandener Mittel, die Bevölkerung wirksam vor dem Virus zu schützen. Es wird in zynischer Weise austariert zwischen Todesopfern und Profit. Die Folge ist ein monatelanger Jo-Jo-Lockdown, der wiederum besonders die arbeitenden Menschen trifft. Die Gewerkschaftsbewegung gerät weiter in die Defensive und wird zu niedrigen Tarifabschlüssen genötigt. Rechte auf Bildung, Kultur und Sport werden über viele Monate mit Füßen getreten. Kleine Selbständige werden ihrer Existenz beraubt. Demokratische Rechte werden beschnitten. Das Monopolkapital versperrt sich solidarischen Lösungen wie Zero Covid, weil kein Präzedenzfall geschaffen werden darf, dass der Mensch vor Profit geht.

c) Die Pandemie entwickelt sich zu einem Symbol für die Niederlage des Kapitalismus im neuen Systemwettbewerb

Pandemien könnten ein Sargnagel für den Neoliberalismus werden, weil gesellschaftliche und staatliche Antworten auf diese Bedrohungen jenseits der Ideologie des Individualismus und der Marktwirtschaft nicht nur objektiv notwendig sind sondern auch deutlicher eingefordert werden. Der Kapitalismus versagt in der Pandemiebekämpfung vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Die westliche Politik reagiert defensiv mit China-Bashing und Ausreden. Während China und Kuba mit intakten Gesundheitssystemen das Virus konsequent bekämpfen und schnell internationale Solidarität beweisen, igeln sich die kapitalistischen Staaten ein und verhängen Exportverbote. Der Impfnationalismus und die Weigerung, die Patente auf die Vakzine freizugeben, werden den Gegensatz zwischen Nord und Süd weiter anheizen. China geht im globalen ökonomischen Wettstreit gestärkt aus der Pandemie hervor. Die Losung „Markt vor Staat“ gerät in die Defensive.

Diese Parole konnte nach der Finanzkrise nochmal über die Runden gerettet werden. Es liegt an uns, an den linken und sozialen Bewegungen, den Gewerkschaften, ob sie die Pandemie nochmals unbeschadet übersteht. Die Herrschenden arbeiten erkennbar daran. Die FDP wird hochgepöppelt. Zero Covid wird als totalitär abgestempelt, weil alles, was ihrem Kapitalinteresse entgegenläuft, so einsortiert wird – ob Mietpreisbremse oder Rüstungskonversion.

d) Die Krise des Gesundheitssystems rückt immer deutlicher in den Fokus der gesellschaftlichen Auseinandersetzung

Mit der Pandemie gerät die Losung „Gesundheit darf keine Ware sein“ in den Mittelpunkt von Zukunftsdebatten. Mit der Pflegebewegung wurde in den letzten Jahren hierfür der Grundstein gelegt. Die Privatisierung und Ökonomisierung des Gesundheitswesens wird zu einem entscheidenden Dreh- und Angelpunkt der weiteren Entwicklung. Es geht um den Kampf an einer Weggabelung: Verstärkung der neoliberalen Lösungen im Gesundheitswesen oder Systemwechsel zu verbindlicher Personalbemessung und bedarfsdeckender Finanzierung.

Damit kann diese Auseinandersetzung strategische Bedeutung für die weitere politische Entwicklung bekommen. Gelingt es auf diesem Sektor ein Loch in die Mauer des Neoliberalismus zu schlagen, öffnet sich eine Tür für weitere Veränderungen. Wenn Gesundheit keine Ware sein darf, warum dann die menschliche Arbeitskraft und unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

e) Die Finanzierung der Krisenlasten wird in den kommenden Jahren die politische Debatte mit prägen. Auch in dieser Frage spitzen sich die Widersprüche zwischen neoliberalen Lösungen und gesellschaftspolitischen Alternativen zu.

Die Frage, wer für die Krise zahlen muss, wird in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen rücken. Für eine Lösung im Sinne der Mehrheit müssen sowohl Rüstungsausgaben reduziert, als auch die Vermögen und Einkommen der Reichen herangezogen werden. Alleine durch Wirtschaftswachstum sind die aufgetürmten Schulden der Krise, die Kosten einer sozial-ökologischen Transformation und weitere Strukturkrisen nicht zu finanzieren. Der Kampf um die Schuldenbremse wird an Schärfe zunehmen. Von entscheidender Bedeutung wird die Rolle der Gewerkschaften sein. Wer neoliberale Lösungen verhindern will, muss die Kämpfe weiter politisieren und gesellschaftliche Alternativen jenseits des Kapitalismus mit entwickeln.

f) Die bundesdeutsche Linke hat bisher keine Antwort auf die Herausforderungen der Pandemie entwickeln können, die eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses führen könnte.

Wie in der Finanzkrise verpassen die Linkskräfte in Deutschland die Chance, sich in der Krise zu stärken. Dies hängt auch mit einer mangelnden theoretischen Durchdringung von Ursachen und Bewältigungsstrategien zusammen. Zu Beginn der Pandemie wurden die rigiden Maßnahmen der Herrschenden als Zeichen für einen radikal beschleunigten Demokratieabbau gewertet. Vor diesem Hintergrund geriet die Pandemiebekämpfung als eigenes Kampffeld aus dem Blickfeld. Die Partei Die Linke, aber auch andere Organisationen wie attac und auch die DKP sind in dieser Frage gespalten. Viele wollen einzig und allein dagegen angehen, dass das Kapital die Krise logischer Weise rücksichtslos für seine Interessen missbraucht. Sie erkennen nicht die Tragweite von Pandemien als neue Form von Krisen im Kapitalismus. Sie entstehen vermehrt durch den kapitalismusimmanenten Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen und verbreiten sich durch die dynamisierte Globalisierung. Sie können aufgrund des neoliberal zugrunde gerichteten Gesundheitswesens nur schwer eingedämmt werden. In dem Zusammenhang sei auch auf die Opfer aufgrund der Personalnot in den Krankenhäusern in Normalzeiten hingewiesen, die jährlich in die Tausende gehen.

Forderungen:

- Die Ursachen von Pandemien müssen global angegangen, die Schutzräume von Naturregionen deutlich ausgeweitet und kontrolliert werden.
- Der Mensch geht vor Profit – gerade in Pandemiezeiten müssen mit konsequenten Maßnahmen Leben und Gesundheit der Bevölkerung geschützt werden. In Phasen eines notwendigen konsequenten Lockdowns müssen die Rechte der arbeitenden Menschen erweitert werden. Demokratische Rechte, Kultur und Bildung dürfen nicht für die Interessen der Mehrwertgewinnung geopfert werden. Um dies zu verhindern, werden demokratische Strukturen der direkten Selbstverwaltung wie Pandemie- oder Wirtschaftsräte ausgebaut. Betriebsbedingte Kündigungen des Arbeitsplatzes und Wohnungskündigungen müssen verboten werden. Unternehmen, die staatliche Hilfen erhalten, dürfen keine Dividenden zahlen. Die Hilfen müssen mit staatlichen Eigentumsrechten verbunden sein. Das Kurzarbeitergeld ist auf 90% des Nettolohns zu erhöhen.

- Rücknahme der Privatisierung und Ökonomisierung des Gesundheitswesens. Schluss mit dem Fallpauschalen-Prinzip und stattdessen kostendeckende Finanzierung sowie bedarfsgerechte Personalbemessung. Eine gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung für alle.
- Impfstoffe und andere Medikamente müssen zu öffentlichen Gütern werden und zum Wohle aller Menschen global produziert und verteilt werden.
- Die Kosten der Pandemie werden durch eine Vermögensabgabe, der Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine deutlich höhere Besteuerung von Spitzeneinkommen finanziert.

II. Wohnen

a) Wohnen wird unerschwinglich. Angesichts des weltweiten Mangels an profitablen Anlagegelegenheiten strömt viel Geld in die Immobilienmärkte. Kaufpreise und Mieten explodieren. Offenkundig kann der Markt das Problem mangelhafter Versorgung mit bezahlbaren Wohnungen nicht lösen. Bürgerliche Wohnungspolitik beschränkt sich im Kern darauf, Investoren anzulocken.

Die großen Wohnungsunternehmen gehören in öffentliche Hand. Nötig ist eine gesetzlich verankerte Neue Wohnungsgemeinnützigkeit.

Wohnen muss man sich leisten können. Nicht selten verschlingt die Miete die Hälfte des Familieneinkommens. Betroffen sind vor allem Lohnabhängige. Wer nicht zahlen kann, wird vertrieben. Es drohen Kündigung und Räumung. Jährlich kommt es zu mehr als 50 bis 70.000 Zwangsräumungen. Die Zahl der Obdachlosen wurde schon 2018 auf 678.000 geschätzt. Und sie wächst. Vor der Obdachlosigkeit stehen Armut, Verschuldung und die verzweifelte Suche nach einer bezahlbaren Wohnung.

Seit Jahren explodieren die Mieten. Immer schamloser bedient der Wohnungsmarkt die Gewinnerwartungen von Investoren, nicht aber den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Mittels energetischer Renovierungen rechtfertigen die Vermieter unbezahlbare Mieterhöhungen. Die Mietpreisbremse und zahlreiche weitere Maßnahmen zur Minderung des Mietniveaus wirken nicht.

Solange der Wohnungsbau als Geschäft betrieben wird, wird sich das nicht ändern. In der Vergangenheit half der Soziale Wohnungsbau, in den große Summen öffentlicher Gelder vorwiegend auf die Konten der Bauherren flossen. Aber die Quote der Sozialwohnungen sinkt stetig.

Seit dem Ende der Wohnungsgemeinnützigkeit im Jahr 1990 kennt die Spekulation auf dem Wohnungsmarkt keine Grenze. Steuerprivilegien für gemeinnützige Wohnungsgesellschaften, Mietpreisbindungen und Wohnungsbelegungsrechte gelten nicht mehr. Es wurden kommunale Bestände, Wohnungen von Post, Bahn und anderen öffentlichen Arbeitgebern, Genossenschaften und Werkswohnungen auf den Markt geworfen. In wenigen Jahren über eine Million Wohnungen. Sie hatten nunmehr Rendite zu erwirtschaften. An die Stelle der Gemeinnützigkeit traten Wohngeldregelungen und sozialhilferechtliche Vorschriften, die sicher nicht abzulehnen sind, aber zunächst dazu dienen, Mietsteigerungen zu subventionieren und an den Vermieter durchzureichen.

Die Gemeinnützigkeit von Wohnungsgesellschaften ist wieder gesetzlich zu verankern. Gemeinnützige Wohnungsgesellschaften sollen von Steuern befreit werden, wenn sie auf Rendite verzichten und nach sozialen Gesichtspunkten vermieten.

b) Fällig ist eine Wende in der Wohnungspolitik. Sie muss das Recht auf Wohnen gewährleisten. Wohnungen in öffentlichem Eigentum dürfen nicht mehr zu Eigentumswohnungen umgewandelt oder privatisiert werden. Stattdessen sind die Bestände zu erweitern. Sie müssen sich an ihrem sozialen Auftrag orientieren. Kommunale Wohnungsbestände sind dauerhaft zu halten, zu vergrößern und bezahlbar zu vermieten.

Gegenwärtig profitiert überschüssiges Kapital von den Anlagemöglichkeiten der Immobilienbranche. Es entstehen riesige marktbeherrschende Wohnungskonzerne. Rücksichtslos überhöhte Mieten sind die Folge. Die Vertreibung von Mietern beschränkt sich nicht mehr auf die Geringverdienenden. Die Finanzinvestoren sind zufrieden. Große internationale Immobilienkonzerne machen enorme Gewinne. Wohnungsmangel stärkt die Machtposition der Vermieter und treibt die Mieten hoch. Das Problem heißt Markt. Dessen Gesetze werden auch mit staatlicher Gewalt durchgesetzt. Zudem wird das Mietrecht immer wieder zugunsten der Eigentümer verändert. Die herrschende Politik subventioniert die privaten Investoren und hält die Mieter in Furcht.

c) Grund und Boden gehören in öffentliche Hand.

Hohe Mieten treiben die Grundstückspreise. Nicht umgekehrt. Bodenpreisunterschiede erklären sich durch die Lage der Grundstücke. Denn dem Nutzer wird die erwartbare Rendite im Voraus abverlangt. Grundstückseigentümer beuten den Fortschritt der gesellschaftlichen Entwicklung aus, ohne eine Hand zu rühren und ohne Risiko. Eine Folge sind profitable Leerstände und Brachflächen.

Dennoch haben Verwaltungen öffentlicher Liegenschaften in der Regel die korruptionsanfällige Rechtsform privater Betriebe. Sie sind gesetzlich verpflichtet, nach kaufmännischen Gesichtspunkten zu wirtschaften. Die Folge ist nicht die Vermehrung von Flächen in öffentlichem Eigentum, sondern ihr Ausverkauf.

Schon 1967 hat sich das Bundesverfassungsgericht zum Thema „Eigentum an Grund und Boden“ geurteilt: „Die Tatsache, dass der Grund und Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist, verbietet es, seine Nutzung dem unübersehbaren Spiel der freien Kräfte und dem Belieben des Einzelnen vollständig zu überlassen; eine gerechte Rechts- und Gesellschaftsordnung zwingt vielmehr dazu, die Interessen der Allgemeinheit beim Boden in weit stärkerem Maße zur Geltung zu bringen als bei anderen Vermögensgütern.“

Öffentlicher Grundbesitz darf nicht mehr veräußert werden. Er ist vielmehr auszuweiten.

d) Wohnen ist ein Menschenrecht. Es muss durchgesetzt werden.

Der Generalversammlung der Vereinten Nationen postulierte am 10. Dezember 1948 mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 25) „Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.“

Aber das Recht auf Profit rangiert gegenwärtig noch vor den Menschenrechten. Auch der Artikel 31 der Europäischen Sozialcharta von 1996 formuliert „Jedermann hat das Recht auf Wohnung“ als Norm. Die Sozialcharta ist völkerrechtlich verbindlich. Die Bundesrepublik hat das Abkommen im Jahr 2007 zwar unterzeichnet, scheut aber die Ratifizierung, offenbar zur Vermeidung der individuellen Einklagbarkeit dieser Rechte. Sie bleiben aber Papier, solange sie nicht eingefordert und durchgesetzt werden.

Die Proteste gegen die Wohnungsnot wachsen. Mietervereine und -initiativen fordern die Bestrafung von Mietpreisüberhöhungen und Mietwucher, das Ende von Luxussanierungen und Vertreibung. Die Modernisierungumlage soll abgeschafft, Wohnraumzweckentfremdung unterbunden werden. Dringend muss eine Neue Wohnungsgemeinnützigkeit als Alternative zur renditeorientierten Wohnungswirtschaft gesetzlich eingeführt werden.

Der Ausverkauf öffentlicher Liegenschaften ist zu beenden, Wohnungen sind in öffentliches oder genossenschaftliches Eigentum zu überführen. Mustergültig ist das Berliner Volksbegehren „Deutsche Wohnen enteignen“, das sich auf das Grundgesetz, Art. 15, beruft: „Grund und Boden, Naturschätze und

Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

III. Sozial-ökologische Transformation und Industrie

a) Klimawandel, Kriege um Rohstoffe, Wasser und Anbauflächen und in deren Gefolge massenhafte Fluchtbewegungen machen deutlich, dass eine grundlegende Umgestaltung von Produktions- und Lebensweisen unumgänglich ist. Ziel des notwendigen Umbaus muss eine auf zivile Konfliktlösung und solidarischen Ausgleich gerichtete, sozial und ökologisch vertretbare Kreislaufwirtschaft sein, um die Erde für künftige Generationen als lebensfähiges Ökosystem zu erhalten.

Die Folgen kapitalistischen Raubbaus an Natur und Mensch sind unübersehbar. Schlimmer noch, es mehren sich wissenschaftliche Hinweise darauf, dass bestimmte „Kipppunkte“ der Klimaveränderung schon erreicht sein könnten. Die Zunahme lebensbedrohlicher Naturkatastrophen, großräumige Versorgungskrisen oder die Ausbreitung gefährlicher Virus-Erkrankungen sind bereits Realität. Damit stellen die Sicherung des Überlebens der Menschheit und die Bewahrung menschenwürdiger Lebensverhältnisse die größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts dar. „Das kapitalistische Profitprinzip ist zu einer Gefahr für den Fortbestand der menschlichen Zivilisation geworden“ (aus dem Programm der DKP).

Der Klimawandel verschärft bestehende soziale Ungleichheiten weltweit. Armut, Hunger und Kriege um die knapper werdenden natürlichen Ressourcen bedrohen die Existenz von Milliarden Menschen. Mit dem Absturz in Elend und Flucht werden immer mehr Menschen ausgeschlossen von einer demokratischen und effektiven Beteiligung am sozial-ökologischen Umbau.

Akuter Handlungsbedarf besteht, um eine nicht nachhaltige Nutzung von Rohstoffen und Umwelt zu beenden. Die Verschmutzung von Luft, Wasser und Erdreich muss gestoppt, Abfälle vermieden oder restlos im weiteren Wirtschaftskreislauf verwendet werden. Eine solch grundlegende Umgestaltung erfordert die Beendigung aller Kriege, konsequente Abrüstung und Verwendung der frei werdenden Mittel für den erforderlichen Umbau der nationalen und internationalen Wertschöpfungsketten.

Unter dem Dach der Vereinten Nationen müssen Schutzmaßnahmen entwickelt und eine internationale Katastrophenvorsorge aufgebaut werden. Diese soll nicht nur im Notfall rasch Hilfe leisten können, sondern bereits präventiv in besonders gefährdeten Regionen solidarisch unterstützen. Dazu gehört auch die solidarische Unterstützung betroffener Staaten beim Schutz von Systemen, die wie das Polareis oder die Regenwälder von enormer Bedeutung für das Weltklima sind.

b) Die kapitalistische Produktionsweise bildet eine der wesentlichen Ursachen für den Klimawandel und ist zugleich das Haupthindernis für einen sozial gestalteten ökologischen Umbau. Die Profiterzielung als oberstes Prinzip für Produktions- und Standortentscheidungen der Konzerne untergräbt systematisch die Sicherung von Menschenrechten und die Verfolgung der Ziele des Weltklimaabkommens und anderer Vereinbarungen. Eine sozial-ökologische Transformation muss daher gegen Kapitalinteressen durchgesetzt werden.

Kapitaleigentümer, Großaktionäre und die ihnen verpflichteten Unternehmensvorstände sind in erster Linie an der Erzielung von Höchstprofiten interessiert. Sie stehen dabei weltweit in Konkurrenz zu anderen Konzernen und unterliegen zudem den Anforderungen des Finanzkapitals. Sämtliche Kosten, von den Lohnkosten bis hin zu Steuern und Umweltauflagen, müssen zwingend gesenkt oder ganz vermieden werden. Dies ist die Zwangsjacke, in der sowohl Eigentümer als auch lohnabhängig Beschäftigte stecken. Aus dieser Einschnürung wird uns auch kein Green New Deal befreien.

Deshalb darf die Entscheidung über das WAS und das WIE der Produktion nicht der blinden Macht von Finanzmarktakteuren überlassen bleiben. Vielmehr muss die Entscheidung darüber, welche Produkte mit welchen Ressourcen und unter welchen Arbeitsbedingungen erzeugt werden, zwingend das Ergebnis politischer Debatten und demokratischer Abstimmungen sein. Soll die Wirtschaft den Menschen dienen, müssen Konzerne und Finanzmärkte demokratischer Mitbestimmung unterworfen werden.

c) In Deutschland werden industrielle Produktion, Strom- und Wärmeerzeugung, Land- und Baustoffwirtschaft sowie das Transportwesen die massivsten Transformationsleistungen erbringen müssen. Eine sozial-ökologische Umgestaltung kann nur unter Erhalt bzw. Konversion bestehender Arbeitsplätze erfolgen. Dafür ist nicht nur eine erhebliche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich erforderlich, sondern auch die Realisierung von Mitbestimmungs- und Qualifizierungsansprüchen der Beschäftigten.

Der notwendige Umbau der Wirtschafts- und Lebensweisen trifft auf unterschiedliche nationale und regionale Voraussetzungen und Rahmenbedingungen. In der Bundesrepublik Deutschland ist immer noch fast ein Drittel der Erwerbstätigen in der industriellen Produktion beschäftigt bei vergleichsweise hoher tariflicher Absicherung. Im Zentrum steht dabei die Automobilindustrie, gefolgt von der chemischen Industrie und dem Maschinen- und Anlagenbau. Gleichzeitig verschlingt die industrielle Produktion einen Großteil des Energie- und Wasserbedarfs, erzeugt die mit Abstand meisten klimaschädlichen Emissionen und riesige Abfallberge. Die größte Aufmerksamkeit muss daher der Transformation der Industrie gelten. Dies auch deshalb, weil eine Versorgung der Menschen mit allen elementaren Gütern und Dienstleistungen ohne industrielle Infrastruktur nicht sicherzustellen ist.

Der Umbau betrifft zwar in erster Linie, aber nicht nur die Automobilindustrie, Stichwort Verkehrswende. Auch die chemische Industrie hat etwa bei der Entwicklung der Wasserstoffantriebstechnik, dem Recycling von Kunststoffen oder einer die Umwelt entlastenden Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln große Aufgaben.

Derzeit versuchen die Konzerne massiv, die Kosten der Transformation auf staatliche Haushalte abzuwälzen, die Löhne zu senken und Arbeitsplätze in so genannte Niedriglohnländer zu verlagern. Diese Strategien torpedieren sämtliche Transformationsziele und gefährden die sozialen Lebenslagen aller Beschäftigten.

Wie von den Gewerkschaften gefordert, könnte eine Erweiterung der Mitbestimmung bei Investitionsentscheidungen und Qualifizierungsmaßnahmen ein Gegengewicht schaffen. Darüber hinaus aber ist ein Verbot von Massenentlassungen im Rahmen von Transformationsprozessen notwendig. Öffentliche Gelder, insbesondere für Großkonzerne, müssen mit dem Erwerb staatlicher Eigentumstiteln verbunden werden und dürfen nur bei Erhalt und Aufbau von Beschäftigung unter Mitbestimmung der Betriebsratsgremien zur Auszahlung kommen.

d) Der notwendig wachsende wissenschaftlich-technologische Anteil an der Produktion wird bereits heute immer stärker aus öffentlichen Haushalten finanziert oder direkt von staatlichen Universitäten und Forschungseinrichtungen ausgeführt. Zur Erreichung der Umbauziele ist die Kooperation von Konzernen und staatlichen Einrichtungen so zu gestalten, dass Forschung und Entwicklung demokratisch beschlossenen und ökologisch verantwortlichen Zielsetzungen dienen.

Wie die Entwicklung der Impfstoffe gegen Covid-19 gezeigt hat, ist eine staatlich beauftragte und teilfinanzierte Entwicklung und Produktion benötigter Güter und Dienstleistungen auch unter kapitalistischen Verhältnissen durchaus möglich. Für die industrielle Transformation sollten also die derzeitigen Rahmenbedingungen bei der Kooperation privater und öffentlicher Unternehmen entsprechend geändert werden. Forschungsziele sollten ebenso wie Entwicklungsergebnisse und deren Anwendung der demokratischen Kontrolle und damit der erforderlichen Transparenz unterliegen. Aus

diesen Kooperationen entstandene Forschungsergebnisse wie Patente und Lizenzen bleiben im Eigentum der öffentlichen Hand und müssen für Anwendungszwecke von der privaten Industrie gekauft werden.

Universitäten und staatliche oder teilstaatliche Forschungseinrichtungen wären nicht mehr auf die Erfüllung von Aufträgen aus Unternehmen angewiesen, um ihren Unterhalt abzusichern. Das würde auch Spielräume für eine wesentlich verbesserte Personalsituation, Tarifverträge und höhere Entgelte bedeuten.

e) Für den Kampf um eine sozial-ökologische Transformation gegen Kapitalinteressen und gegen die politischen Sachwalter von Profitinteresse und Sparzwang kommt den Gewerkschaften als Interessenvertretung der lohnabhängig Beschäftigten eine zentrale Rolle zu. Sie werden diese Aufgabe besser erfüllen können, wenn die Debatte auch die notwendigen Eingriffe in Märkte und Unternehmensentscheidungen ins Auge fasst und strategische Bündnispartner wie etwa die Klimabewegung in Diskussion und Aktion einbezogen werden.

Bis heute sind die Gewerkschaften die größten Organisationen der Interessenvertretung lohnabhängig Beschäftigter. Neben die Kernaufgaben der Sicherung der Löhne und Arbeitsplätze treten heute wieder stärker politische Aufgaben. Dies betrifft insbesondere den notwendigen Umbau der Industrie.

Vorwiegend in den Industriegewerkschaften, aber auch in weiten Teilen der Klimaschutzbewegung wird die Debatte immer noch bestimmt von Vorstellungen, der Umbau könne auf der Grundlage gemeinsamer Interessen mit Politik und Privatwirtschaft koordiniert werden. Das Bild eines „progressiven Neoliberalismus“, der eine Art Green New Deal auf Kosten der Steuerzahler bei Beibehaltung aller Macht- und Entscheidungsbefugnisse der Konzerne verspricht, spiegelt die Realität des aktuellen Finanzkapitalismus allerdings nur sehr verzerrt.

Verstärkt werden müsste die Diskussion über die Begrenzung von Konzernmacht, über die sozialen und politischen Bedingungen eines New Deal: Sozial – Ökologisch - Demokratisch!

Die aktuellen Katastrophen setzen den Klimawandel erneut mit aller Dringlichkeit auf die Tagesordnung. Angesichts einer immer stärkeren Kooperation von Industrie und wissenschaftlich-technischen (staatlichen) Einrichtungen sollte auch die Diskussion branchen- oder gewerkschaftsübergreifend erfolgen. Neben IG BCE und IG Metall sind unbedingt auch die Kolleginnen und Kollegen von ver.di zu beteiligen. Die von der IG Metall vorgeschlagenen regionalen Transformationsräte würden dafür eine gute Grundlage bieten, ebenso wie für die Beteiligung anderer Bewegungen, zivilgesellschaftlicher Organisationen und der politischer Gremien.

Forderungen:

- Die Bundesregierung muss endlich den schon lange geforderten Klimaschutzplan erstellen, der für alle Bereiche der Produktion und Dienstleistung verbindliche Vorgaben für den Umbau enthält. Die Verschmutzung von Luft, Wasser und Erdreich muss gestoppt, Abfälle vermieden oder restlos im weiteren Wirtschaftskreislauf verwendet werden. Bei Nichterfüllung der Klimaschutz-Ziele können Betriebe unter öffentliche Leitung gestellt werden bzw. sind Enteignungen zu prüfen.
- Die Bundesregierung hat sich bei den Vereinten Nationen dafür einzusetzen, dass umgehend mit dem koordinierten Aufbau von Schutzmaßnahmen und Katastrophenvorsorge begonnen wird. Entsprechende finanzielle Mittel sollen in erster Linie aus der Streichung von Rüstungsvorhaben gewonnen werden, ein Teil des Personals durch Umwidmung von Bundeswehreinheiten.
- Betriebliche Kündigungen oder Standortschließungen im Zusammenhang mit Transformationsprojekten müssen verboten werden. Auszubauen ist das Betriebsverfassungsgesetz so, dass Investitionsentscheidungen, Umschulungen und Qualifizierungsmaßnahmen sowie Transformationsvorhaben der vollen Mitbestimmung unterliegen.
- Die Transformation darf nicht zur Erhöhung der Preise in der Grundversorgung der Bevölkerung mit Wasser, Strom, Wärme und Mobilität führen. Vielmehr müssen diese Leistungen staatlich so reguliert

werden, dass die Versorgung garantiert und leistbar für alle bleibt. Der öffentliche Nahverkehr muss kostenlos werden.

- Staatliche Gelder an die Privatwirtschaft zu Forschungs- und Entwicklungszwecken sind ebenso wie Kooperationen zwischen Privatwirtschaft und öffentlichen Einrichtungen transparent zu machen. Alle Subventionen sind gebunden an die Verpflichtung, Arbeitsplätze im Unternehmen zu erhalten, umzubauen und auszubauen. Forschungsergebnisse, die mit Hilfe von Subventionen oder aus Kooperationen entstanden, verbleiben stets im Eigentum der öffentlichen Hand.
- Aus einer Sonderabgabe „Transformations-Fond“, die alle Unternehmensgewinne und Kapitalerträge mit 5 % belastet, werden staatliche Investitionen in die Infrastruktur finanziert.
- In allen Großstädten und Regionen werden unter Vorsitz der DGB-Gewerkschaften Transformationsräte gegründet. Diese setzen sich zusammen aus Industrievertreter:innen, Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden sowie Wissenschaftler:innen. Sie erarbeiten Ziele und konkrete Maßnahmen mit Zeitplan für den Umbau. Die Arbeit der Transformationsräte wird ebenfalls aus dem Transformations-Fond der Bundesregierung finanziert.

IV. Rüstung/Kriegsgefahr

a) Die Kriegsgefahr wird durch die neue Aggressivität der NATO-Staaten gegenüber Russland und China angeheizt. Die USA wehren sich gegen das Entstehen einer multipolaren Welt und verteidigen ihren Anspruch als einzige Supermacht. Hierdurch wächst die Gefahr neuer Stellvertreterkriege, aber auch die Führbarkeit von atomaren Kriegen steht wieder auf der Tagesordnung.

Alle NATO-Staaten zusammengenommen haben einen Anteil von 56 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben, Russland und China kommen zusammen nur auf 16 Prozent. Und es sind die USA und die NATO, die ein besonders aggressives Verhalten zeigen, durch Aufrüstung, Truppenverlagerungen bis an die russische Westgrenze und das Aufkündigen von Abrüstungsverträgen wie dem INF-Vertrag. China ist zur größten Herausforderung für die NATO geworden, weil erstmals ein Land, das sich erklärtermaßen auf dem Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft befindet, eine führende Rolle in der Weltwirtschaft einnimmt. Wie im ersten Kalten Krieg soll der Konkurrent zu immensen Rüstungsanstrengungen gezwungen und in seiner Entwicklung behindert werden.

b) Der Hochrüstungskurs der NATO verschärft die globalen Krisen. Rüstung und Krieg bedrohen die Menschheit in Sachen Klima mindestens dreifach: Durch die für andere Bereiche fehlenden Gelder, durch das klimabelastende Militär (Übungen, Einsätze, etc.) und durch die ausgelösten internationalen Spannungen, die die notwendigen gemeinsamen Anstrengungen und Kooperationen zum Klimaschutz und anderen Herausforderungen behindern.

Wir brauchen ein Klima der Entspannung, um das Klima zu retten! Deshalb bleibt es richtig: Krieg und Rüstung sind die größten Klimakiller! So benötigt eine einzige Stunde Eurofighter-Übungsflug Treibstoff für 60.000 EUR.

„Die Zerstörung der Umwelt und die Ausbeutung endlicher Ressourcen unseres Planeten gefährden den Frieden. Kriege werden für den Zugang zu diesen Ressourcen und den klimaschädlichen Lebensstil der reichen Länder geführt. Kriege verbrauchen dabei selbst enorme Mengen von Treibstoffen und Energie und produzieren entsprechend viele klimaschädliche Emissionen – ganz zu schweigen von den massiven Zerstörungen und Emissionen durch die Kriegshandlungen und ihre tödlichen Folgen“, heißt es in einer gemeinsame Pressemitteilung von Friedensnetz Saar, Pax Christi Saar, Fridays for Future Saarland und Kampagne Krieg beginnt hier vom 30.4.2019. (www.krieg-beginnt-hier.de).

Es geht um den Aufbau eines Systems der gemeinsamen Sicherheit, das nach 1989 von den westlichen Staaten torpediert wurde. Wir brauchen friedliche Koexistenz und Kooperation statt immer neue Formen von „Menschenrechtsinterventionismus“. Wer eine wirkliche „regelbasierte Ordnung“ in der Weltpolitik anstrebt, muss sich an die Regeln des Völkerrechts halten anstatt sein Weltsicht imperial durchsetzen zu wollen. Ein solcher Prozess kann auch durch eine Stärkung der Rolle der UNO vorangetrieben werden.

c) Der Aufrüstungskurs Deutschlands und der EU soll die ökonomische Stärke mit militärischen Mitteln global absichern. Kriegsführung bis in den Pazifischen Raum gehört zu den neuen Aufgaben der Bundeswehr.

Hintergrund des Aufrüstungskurses ist das Streben Deutschlands nach einer eigenständigen globalen Rolle. Hierzu werden sowohl eigenständige Schritte vorangetrieben als auch die Militarisierung der EU forciert. Die militärische Partnerschaft mit den USA und die Verankerung in der NATO sind für die Herrschenden unverzichtbare Instrumente imperialistischer Politik.

Die Bilanz des 20 Jahre andauernden sog. Kriegs gegen den Terror ist desaströs. Dies zeigen am augenfälligsten die Niederlage der westlichen Staaten in Afghanistan und der unkoordinierte Abzug. Statt Kriegseinsätze sind politische Lösungen gefragt, die die nationalen, sozialen und kulturellen Interessen der Bevölkerung in den Krisenregionen berücksichtigen und erstrebenswerte Perspektiven für alle Beteiligte umfassen. In Deutschland muss aktuell der Kampf darum geführt werden, auf neue militärische Abenteuer wie in Mali zu verzichten und zu einer Außenpolitik ohne Militärinterventionen zurückzukehren.

Die Rüstungsausgaben in Deutschland als auch weltweit steigen weiter. Im Rahmen der NATO sollen sich die Militärausgaben bis 2024 nahezu verdoppeln. Für 2021 meldete die Bundesregierung neue Rekorde: der „Verteidigungshaushalt“ erhält 2,8 Prozent mehr als 2020, nämlich 46,9 Milliarden Euro. Und im nächsten Jahr wird's noch mehr, geplant sind 50,3 Milliarden Euro. Damit ist der Rüstungshaushalt deutlich höher als beispielsweise der Bundeshaushalt für Bildung und Forschung (20,8 Mrd. Euro) oder der Haushalt des Bundesministeriums für Gesundheit (35,3 Mrd. Euro).

Deutschland ist mit seinen Rüstungsausgaben jetzt die Nummer 3 unter den NATO-Militärmächten und auf Platz 7 im Welt-Rüstungs-Ranking.

Die Steigerung geht vor allem auf die Erhöhung folgender Ausgaben des Rüstungshaushalts zurück: Höhere Ausgaben für Forschung, Entwicklung, Erprobung sowie Beschaffung neuer Waffensysteme (z.B. neuer Kampfpanzer, Radarsysteme, Drohnen, neue Kriegsschiffe). In den nächsten Jahren vor allem das neue Kampfflugzeugsystem FCAS (Future Combat Air System). Das hunderte Milliarden teure Luftwaffenprojekt soll ab 2040 Tarnkappenbomber mit Atombewaffnung, umgeben von autonom agierenden Drohnenschwärmen, eingewoben in Künstlicher Intelligenz, beinhalten. Die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Spaniens haben für die Luftfahrtkonzerne Airbus und Dassault in ihren Ländern bereits erste Finanzierungsschritte unternommen. FCAS soll der EU einen militärischen Weltmachtstatus beschern. Zu allem Übel werden auch noch die 20 Atombomben am Standort Büchel erneuert. Sie sollen lenkbar und zielgenauer werden. Damit sinkt die Hemmschwelle für ihren Einsatz.

Mit der Niederlage in und dem chaotischen Rückzug aus Afghanistan sind die Zweifel an Auslandseinsätzen weiter gewachsen. Es ergeben sich neue Chancen, Druck für eine entmilitarisierte Außen- und Sicherheitspolitik zu machen.

d) In Europa bestimmt der Neue Kalte Krieg mit Russland immer deutlicher die internationalen Beziehungen. In der politischen Auseinandersetzung werden auch anti-slawische Feindbilder („Der Russe kommt“) neu belebt. Statt die bestehenden Rüstungskontrollverträge weiterzuentwickeln, wurden diese bis auf einen von

den USA aufgekündigt. Russland ringt um seinen Status als Großmacht und kämpft gegen eine Einkreisung durch die NATO-Staaten.

Die Rüstungsausgaben in Deutschland sollen während und nach der Pandemie mit aller Macht verteidigt und ausgebaut werden. Hierzu wird medial eine ständige Bedrohung durch Russland für Europa konstruiert. Die alten Ängste sollen die neuen Rüstungsmilliarden absichern.

Derzeit hat in den westlichen Staaten der Kurs der Konfrontation die Oberhand. Gleichzeitig gibt es einen starken Einfluss realistischer Kräfte, die auch im Interesse des Monopolkapitals an einer Zusammenarbeit mit Russland interessiert sind oder zumindest einbinden wollen.

Im Autorenkreis gibt es unterschiedliche Standpunkte zur Rolle Russlands in der internationalen Politik. Eine grundlegende marxistische Analyse des Charakters der aktuellen russischen Politik und der dahinterliegenden Kapitalinteressen ist dringend erforderlich.

Forderungen

- Atomwaffenverbot durchsetzen! Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags auch durch Deutschland! Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland! (Büchel/Eifel)
- Abrüsten statt Aufrüsten! Nein zur Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsprodukts – dies würde innerhalb weniger Jahre eine Verdoppelung bedeuten!
- Entspannung und Zusammenarbeit statt Säbelrasseln und Konfrontation!
- Rückkehr zum Völkerrecht in den internationalen Beziehungen und dem Grundsatz der Nichteinmischung. Schluss mit Regime-change-Projekten! Stärkung der Rolle der UNO!
- Waffenlieferungen stoppen! Sofortiger Stopp aller deutschen Rüstungsexporte in Spannungsgebiete. Verbot von Rüstungsexporten, Verabschiedung eines neuen Kontrollgesetzes für Rüstungsexporte, das diesen Forderungen gerecht wird. Für die Firmen, die Rüstungsgüter produzieren, müssen gemeinsam mit den Gewerkschaften Programme zur Rüstungskonversion ausgearbeitet und durchgesetzt werden, die die Arbeitsplätze der Beschäftigten sichern.
- Sofortiger Rückzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen! Auflösung des Kommandos Spezialkräfte!
- Keine Drohnenkriege! Keine bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr!
- Keine Beteiligung der Bundeswehr an konfrontativen NATO-Manövern in Osteuropa oder Asien wie Defender!
- Auflösung der Air Base in Ramstein und aller anderen Militärbasen!
- Klimaschutz statt Kriegsvorbereitung, militärische Übungsflüge stoppen!
- Keine weitere Militarisierung der EU! Stopp von PESCO und FCAS!
- Beendigung der Sanktionspolitik gegen Menschen missliebiger Staaten wie Russland, China, Syrien, Venezuela und Cuba!
- Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen, Fluchtursachen bekämpfen!
- Internationales Verbot der Entwicklung von autonomen und cloudbasierten Waffensystemen
- Lückenlose Aufklärung der aktuellen Bundeswehrskandale wie Munitionsentwendungen und rechte Netzwerke – Bestrafung der Beteiligten und der zuständigen Führungsoffiziere in öffentlichen zivilen Gerichtsverfahren.

V. Demokratie und Rechtsentwicklung

a) Die oben beschriebenen Krisen, der verbreitete Demokratieabbau und die Rechtsentwicklung stehen in einem engen Zusammenhang. Es mehren sich weltweit wirtschaftliche Notlagen. Der Hunger greift um sich, die Zahl der Flüchtlinge wächst. Seit Februar 2020 verschärft die Coronaseuche die Lage. Klimawandel samt Wetterkatastrophen, Aufrüstung und die Gefahr eines großen Krieges gehören zu den Krisenphänomenen

eines untauglichen Wirtschaftssystems. Im Kapitalismus gilt der private Gewinn als entscheidender Maßstab jeder ökonomischen Aktivität und wird gesetzlich durchgesetzt. Deshalb sind diese bemüht, durch den Abbau von Demokratie und immer autoritärere Formen der Machtausübung und der Entscheidung anstehender Fragen vorzusorgen für den Fall, dass große Widerstands- und Protestbewegungen ihre Herrschaft in Frage stellen.

Infolge der Überproduktion bläht sich die weltweite Schuldenlast auf mehr als das Dreifache der jährlichen globalen Warenproduktion. Die Überlast des Finanzsektors erhöht den Verwertungsdruck und verschärft die sozialen Gegensätze. Die Summe der Weltschulden im Jahr 2020 ist auf 281 Billionen Dollar steil angestiegen. Das sind fast 36.000 \$ pro Kopf und Nase der Weltbevölkerung einschließlich aller Säuglinge und Neugeborenen. Offenkundig können diese Kreditsummen in ihrer Gesamtheit weder bedient noch getilgt werden.

b) Die Menschen, die auf Arbeit und Lohn angewiesen sind, erkennen mehr und mehr das politische Versagen der neoliberalen Sachwalter von Privateigentum, Profit und Markt.

Die Verwirklichung der sozialen Menschenrechte, des Rechts auf soziale Sicherheit, auf Arbeit, freie Berufswahl, Schutz vor Arbeitslosigkeit, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, auf Bildung, Nahrung, Kleidung, Wohnung und ärztliche Versorgung soll in eine utopische Ferne gerückt werden. Mit einer Kaskade von gesetzlichen Vorkehrungen in Gestalt von Polizei-, Versammlungs- und Verfassungsschutzgesetzen, flankiert von umfassender elektronischer Überwachung sowohl in der Öffentlichkeit wie im Internet werden die Angriffe gegen die grundgesetzlich garantierten demokratischen Rechte vorangetrieben. Autoritäre Gesetzesnovellen hebeln die Unschuldsvermutung aus. Das neue Versammlungsgesetz in NRW ist geeignet, Demonstrationen, namentlich antifaschistische Proteste, zu erschweren, sogar zu verhindern. Damit wird das bürgerlich-demokratische System des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der staatlichen Machtausübung, wie es nach dem zweiten Weltkrieg im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland eingeführt wurde, in wesentlichen Teilen in Frage gestellt.

c) Angesichts dieser autoritären Entwicklungstendenz bleibt der Kampf für den Erhalt der im Grundgesetz verankerten demokratischen Grundsätze und Verfahrensweisen und damit der Grundlagen einer demokratischen Verfassung von Staat und Gesellschaft eine dringende Notwendigkeit und Aufgabe. Wir Kommunistinnen und Kommunisten wollen keinen Zweifel daran lassen, dass wir die demokratische Grundordnung des GG bewahren wollen. Die inzwischen vorgenommenen vielfachen reaktionären Abänderungen wie Remilitarisierung, Notstandsgesetze, Abschaffung des Asylrechts, müssen zurückgenommen werden. Gemeinsam wollen wir Grundrechte mit allen anderen Demokraten gegen eine zunehmende innenpolitische Rechtsentwicklung verteidigen. Notwendig ist mehr demokratischer Einfluss auf das wirtschaftliche und politische Geschehen. Tatsächlich wachsen Initiativen und Bewegungen ebenso wie die Beteiligung an politischen Protesten gegen Demokratie- und Sozialabbau, Aufrüstung, Klimawandel, Rassismus, die flüchtlingsfeindlichen Maßnahmen der EU. Diese Bewegungen samt den Gewerkschaften haben viele Gemeinsamkeiten, nicht nur die Adressaten der Proteste.

Am Ende geht es um die gemeinsame Abwehr rücksichtslosen Gewinnstrebens privater Eigentümer von Banken und Konzernen. Mehr und mehr steht die Legitimität des privaten Eigentums an Produktionsmitteln, an Grund und Boden in Frage.

Aber im Weißbuch der Bundeswehr, ebenso wie in der „Konzeption Zivile Verteidigung“ des Innenministeriums geht es um die Militarisierung weiterer Bereiche des Alltags, die Unterordnung des Zivillebens unter militärische Belange. Die Bundesregierung sieht seit 2016 den Einsatz militärischer Mittel unterhalb der Schwelle eines konventionellen Krieges unter dem Etikett „hybride Kriegführung“ vor.

Außer neuen Raketen und Angriffen auf Handelswege zählen zum Bedrohungsszenario Cyberattacken gegen kritische Infrastruktur, Regierungsnetzwerke und Bankensysteme.

Derartige Bedrohung will die Bundeswehr mit militärischer Kontrolle von Kommunikation und der Medien- und Innenpolitik beantworten. Die Abwehrbereitschaft soll zivile Bereiche durchdringen, um Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien samt Rohstoff- und Energiezufuhr zu sichern. Die Bundeswehr droht mit der Unterordnung der öffentlichen Meinung unter militärische Ziele und der umfassenden Revision grundgesetzlich garantierter Rechte.

Antidemokratische Varianten autoritärer Herrschaftsformen finden sich nicht nur in den Programmen faschistischer Parteien, der AfD und nahestehender Bewegungen. Faschistische Aktivitäten, Waffendiebstähle und Munitionsschwund bei Sicherheitsbehörden und der Bundeswehr häufen sich.

Das Grundgesetz galt den Gründern der Bundesrepublik wie diese selbst als Provisorium. So hieß es am Ende der Präambel: „Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“ Und Artikel 146 lautete: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ Da der Anschluss der DDR durch Beitritt nach Artikel 23 vollzogen wurde, steht eine von der Bevölkerung beschlossene Verfassung noch aus.

Was hilft? Gegen Klimawandel, Polizeigesetze, Rassismus und Demokratieabbau erwächst massenhafter Widerspruch. Wir brauchen zudem mehr politische Bewegung für höhere Löhne, bezahlbare Mieten und Haushaltsenergie.

Antifaschismus auf die Straße, Faschismus raus aus den Köpfen! Der 8. Mai, der Tag der Befreiung, soll gesetzlicher Feiertag sein.

Angeichts einer um sich greifenden Rechtsentwicklung ist der Widerstand gegen Rechts, gegen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und das Engagement für den Erhalt demokratischer Rechte, für Humanismus und Solidarität vordringlich. Die politische Breite der Bewegung gegen Rechts und ihre Durchsetzungsfähigkeit stehen in einem engen Wechselverhältnis zur Mobilisierung der arbeitenden und von Arbeit ausgegrenzten Menschen für die Verbesserung ihrer sozialen Verhältnisse.

Gemäß Artikel 139 GG („Die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“) sind gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen und anzuwenden, um rassistische, antisemitische, fremdenfeindliche Organisationen und Aufmärsche zu verbieten. Der Protest gegen neofaschistische Demonstrationen darf nicht vor dem Richter landen.

Jegliche staatliche Finanzierung und sonstige Unterstützung von neonazistischen und rassistischen Gruppen, Organisationen und Parteien ist einzustellen. Das V-Leute-System ist abzuschaffen, der Verfassungsschutz aufzulösen.

VI. Digitalisierung

a) Die Digitalisierung ist zu einer entscheidenden Größe im globalen Wettbewerb geworden. Es geht vor allem darum, wer am schnellsten wissenschaftliche Erkenntnisse in weltmarktfähige Produkte und unternehmensinterne Rationalisierung umsetzen kann. Durch diesen Prozess entsteht ein immenser Druck auf die Beschäftigten in allen Arbeitsbereichen.

Durch die Digitalisierung oder besser gesagt durch die zweite Welle der Informatisierung aller Wirtschaftssektoren und Lebensbereiche wird ein starker zusätzlicher Rationalisierungsschub ausgelöst. Die Arbeiterklasse und ihre Organisationen geraten auch hierdurch weiter unter Druck. Dieser Effekt wird durch die Pandemie weiter verstärkt. Ein Zurück zur Art des Arbeitens und Kommunizierens vor der Pandemie

wird es nicht geben. Die Ausweitung von Homeoffice, Videokonferenzen, eCommerce und Distanzlernen wird in hohem Maß beibehalten werden. Die Folge ist eine weitere Arbeitsverdichtung und ein ständige Gefahr für die Arbeitenden, mit der Geschwindigkeit der Entwicklung nicht mehr Schritt halten zu können.

b) Die negativen Beschäftigungseffekte der Digitalisierung konnten in den exportorientierten Industrieländern wie der Bundesrepublik Deutschland bislang durch eine ständige Ausweitung der Produktion und durch eine schnellere Abfolge immer neuer Produktentwicklungen kompensiert werden. In einer sozial-ökologischen Transformation ist dieser Weg nicht mehr gangbar.

Um eine neue Massenarbeitslosigkeit zu verhindern, muss in einem Transformationsprozess unbedingt eine deutliche Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt werden. Die bisherigen gewerkschaftlichen Ansätze sollten schnell erweitert werden.

Auch die digitale Transformation wird im Kapitalismus unter den Gesetzen des Marktes nicht im Interesse der arbeitenden Menschen umgesetzt. Digitalisierung und „Gute Arbeit“ schließen sich nicht aus. Letztlich entscheiden die Kräfteverhältnisse in den Betrieben und bei Tarifaussinandersetzungen, ob in diesem Transformationsprozess Verbesserungen für die arbeitenden Menschen durchgesetzt werden können. Ob Tendenzen wie Rationalisierung, Ausdehnung der Arbeitszeit, vermehrte Überwachung und Leistungssteuerung zurückgedrängt werden können, hängt auch davon ab, wie neue Strategien von Gegenmacht auch in Fragen der Digitalisierung wirksam werden.

c) Digitalisierung kann nur im Interesse der Beschäftigten umgesetzt werden, wenn diese deutlich mehr Mitbestimmungsrechte in den Betrieben durchsetzen. Wie bei der sozial-ökologischen Transformation geht es um Eingriffe in die Verfügungsgewalt des Kapitals.

Im Kapitalinteresse gesteuerte Digitalisierungsprozesse beschleunigen die Spaltung in den Belegschaften. Während ein Teil sich mit einigem Recht Vorteile wie größere Autonomie oder interessantere Tätigkeiten versprechen können, werden andere Teile mehr und mehr zum Anhängsel von Maschinen. Letzten droht zudem eine Dequalifizierung, weil bestimmte Kompetenzen nicht mehr benötigt werden. Fatalerweise sind genau diese Belegschaftsteile in den vergangenen Jahrzehnten besonders selten in Weiterbildungsmaßnahmen integriert worden. Digitalisierungsprojekte in Unternehmen müssen deshalb von Beginn an durch Arbeitnehmer:innenvertretungen aktiv begleitet werden. Die Einflussnahme muss dabei von Mitgestaltung bis zum Stopp von Projekten führen, die das Recht auf gute Arbeit nicht gewährleisten.

d) Durch immer leistungsfähigere Methoden der Künstlichen Intelligenz (KI) besteht die Gefahr des Verlustes von Kontrolle, Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen in Wirtschaft, Rüstung und der Daseinsvorsorge. Die scheinbare Objektivität von Algorithmen reproduziert dabei in Wahrheit die gesellschaftlichen Macht- und Klassenverhältnisse im Kapitalismus. Die Debatte darüber, wie wir das Verhältnis von Maschinenintelligenz und Mensch gestalten wollen, muss intensiviert und vor allem demokratisiert werden.

Maschinen übernehmen in immer mehr Bereichen geistige Arbeit des Menschen. Dabei ist nicht so entscheidend, ob dies nun wirkliche oder simulierte Intelligenz ist, sondern dass sich die Arbeitswelt durch diese Entwicklung früher oder später dramatisch verändern wird. KI-Systeme sind keine starren Computerprogramme mehr, sondern können schon heute trainiert werden und sich zu einem gewissen Grad selbst optimieren. Bei Entscheidungen aufgrund großer Datenmengen oder in sehr kurzer Zeit können sie bereits heute in einigen Bereichen die Leistungsfähigkeit des Menschen übertreffen. Da sich in den in der Maschine gespeicherten Daten gesellschaftliche Verhältnisse wie Klassen- oder

Geschlechterdiskriminierung widerspiegeln, sind Entscheidungen durch Maschinen ohne menschliches Zutun in keiner Weise gerechter oder können Ungleichheiten kompensieren. Daher müssen gesetzliche Regelungen für die Kontrolle, Transparenz und Nachvollziehbarkeit von KI-Systemen durchgesetzt werden. Im militärischen Bereich drohen autonom geführte Schlachten wie beim geplanten größten europäischen Militärprojekt, dem Future Combat Air System ([FCAS](#)). Auch beim Einsatz im Gesundheitswesen drohen ethisch fragwürdige Entscheidungen nach ökonomischen Interessen und fragwürdigen Nutzenaspekten von medizinischen Behandlungen z. B. bei älteren Menschen.

Forderungen

- Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden bei vollem Personal- und Lohnausgleich
- Verbot von betriebsbedingten Kündigungen in der Transformationsphase
- Umfassende Ausweitung der Mitbestimmung zu Fragen von Technikentwicklung und Technikeinsatz in den Betrieben und Verwaltungen
- Deutliche Erhöhung der Ausgaben für Bildung insbesondere an Gesamt-, Gemeinschafts- und Berufsschulen, Qualifizierung von Lehrer:innen und Ausbilder:innen, Abschaffung des gegliederten Schulsystems und von Ausbildungsberufen unter drei Jahren, darlehnsfreies BAFÖG für Studierende und in der Fortbildung
- Durchsetzung eines verbindlichen Rechts auf Weiterbildung für alle Beschäftigte
- Breite gesellschaftliche Debatte zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz unter Einbeziehung von Gewerkschaften, Umweltorganisationen und Wissenschaft, demokratische Entscheidung über Grenzen und Anforderungen an diese Systeme

VII. Vernetzung/Bewegungen

a) Die demokratischen und sozialen Bewegungen gewinnen aufgrund der sich zuspitzenden Widersprüche an Stärke. Die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung eingebremst, aber nicht gestoppt.

Die in den voran gegangenen Kapiteln beschriebenen Krisen und ihre Folgen werden von den Menschen nicht widerspruchsfrei hingenommen. Mit Fridays for Future (FfF) ist ein bedeutender Teil einer ganzen Generation in Bewegung gekommen. In der Debatte um das Gesundheitssystem können Gewerkschaften wichtige Kämpfe erfolgreich gestalten. Die Wohnungs- und Mietenpolitik treibt Betroffene zu tausenden auf die Straße, ihre Forderungen gehen über die Logik des kapitalistischen Systems hinaus. Auch die Eigentumsfrage wird in Zusammenhang mit den großen Immobilienkonzernen z. B. beim Berliner Volksbegehren gestellt. Mit „Unteilbar“ ist eine erfolgreiche themenübergreifende Bewegungsform entstanden, die zur Blaupause einer breiteren Vernetzung werden kann. Erste Hinweise sind die gemeinsame Kampagne von ver.di und FfF, die gemeinsamen Initiativen von IG Metall, BUND und FfF oder die Mitarbeit des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in der Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“. Die Pandemie hat den Bewegungen für viele Monate die Straße als wichtigsten Ort des Protestes genommen oder sie zumindest stark eingeschränkt. Ein dauerhafter Einbruch ist aber nicht zu erwarten. Dies zeigen gerade Massenaktionen gegen die herrschende Wohnungspolitik noch in Pandemiezeiten.

b) Größte Schwäche der aktuellen Bewegungen sind ihre mangelnde Vernetzung und die fehlende Konzentration auf die Schwächung des gemeinsamen Gegners. Vernetzung darf dabei nicht mehr nur solidarisches Sich-aufeinander-beziehen im Sinne politischer Erklärungen sein. Es geht darum, den gemeinsamen Gegner zu erkennen und in koordinierten Aktionen für eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zu kämpfen. Angesichts der zu überwindenden Widerstände für eine andere Politik ist Vernetzung zur Grundbedingung erfolgreicher Bewegungen geworden.

Wer sich die in den letzten Jahrzehnten stattgefundenen Versuche für den notwendigen radikalen Politikwechsel ansieht, muss erkennen, dass der Neoliberalismus zwar geschwächt, aber noch lange nicht zu Fall gekommen ist. Das Beispiel Griechenland zeigt, mit welchen Widerständen gerade in der EU gegen drohende Politikwechsel in einzelnen Staaten zu rechnen ist. Daher können in dieser Situation einzelne Bewegungen nur mit nationaler und internationaler Vernetzung erfolgreich agieren. Es geht auch um eine gemeinsame Debatte von Bewegungen, wie die Krisen des Kapitalismus zur eigenen Stärkung genutzt werden können. Die im Parteiprogramm der DKP entwickelte Strategie von breiten gesellschaftlichen Allianzen bleibt eine wichtige Grundlage für solche Debatten. Zum Beispiel folgende Orientierung: „In der vor uns liegenden Etappe kommt es darauf an, gesellschaftliche Kräfte weit über die Linke hinaus im Widerstand gegen die neoliberale Politik zu bündeln. Allianzen verschiedener sozialer und gesellschaftlicher Kräfte, die sich an verschiedenen Fragen immer wieder neu bilden und in denen die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft sein muss, sind die Voraussetzung, um die Rechtsentwicklung und den neoliberalen Umbau der Gesellschaft zu stoppen. Wenn aus diesen Allianzen stabile Bündnisbeziehungen und ein fester gesellschaftlicher und politischer Block gegen den Neoliberalismus entwickelt wird, dann können die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so verändert werden, dass der Kampf um gesellschaftliche Alternativen eine reale Perspektive bekommt.“ (Parteiprogramm der DKP, 2006)

c) Die Gewerkschaftsbewegung hat sich in den letzten Jahren auf einigen Feldern politisiert. Ihre größten Schwächen sind die teilweise fehlende Gesellschaftsanalyse und darauf aufbauende gesellschaftliche Alternativen. Aus den aktuellen Entwicklungen des Kapitalismus werden allzu oft keine Schlussfolgerungen für die Politik der Gewerkschaften gezogen. Diese Frage bleibt entscheidend für die zukünftige politische Entwicklungsrichtung.

Ohne die größten gesellschaftlichen Organisationen und deren Verankerung in Großbetrieben wird sich das Kräfteverhältnis nicht ändern lassen. Daher bleibt es eine der wichtigsten Aufgaben, die in der Krise in Gang gesetzte Politisierung der Gewerkschaften zu unterstützen. Es geht um eine bewegungsübergreifende Analyse der heutigen Lage und um gesellschaftliche Alternativen zum Krisensystem. In dieser Frage spielt die Ausgestaltung der sozial-ökologischen Transformation im Interesse der Arbeiterklasse eine wichtige Rolle. Gewerkschaften müssen zum Vorkämpfer für Transformation werden, sonst wird sie an den sozialen Interessen der arbeitenden Menschen vorbeigehen. Gerade Gewerkschaften müssen Eingriffe in die Verfügungsgewalt über das Kapital durchsetzen und um gesellschaftliche Mitbestimmungsrechte in einer bisher in Deutschland nicht gekannten Dimension kämpfen

d) Der Friedensbewegung kommt eine Scharnierfunktion in der Vernetzung von Bewegungen zu, weil ohne eine Wende zu Abrüstung keine Ressourcen für andere ökologische und soziale Belange frei werden.

Ohne Frieden ist alles nichts – dies gilt auch für den Kampf um gesellschaftliche Veränderung auf anderen Politikfeldern. Klimaschutz, sozialer Fortschritt, Bildung für alle sind angesichts weltweit steigender Rüstungsausgaben nur schwer zu realisieren. Die Friedensbewegung tut daher gut daran, sich nicht nur als Ein-Punkt-Bewegung zu begreifen, sondern die vorhandenen Schnittmengen und Berührungspunkte zu anderen für Vernetzung und Zusammenarbeit aufzugreifen. Diese Vernetzung z. B. zur Solidaritätsbewegung mit Geflüchteten, zu Gewerkschaften und mit Klimaaktivist:innen kann der teilweise in die Jahre gekommenen Bewegung neue Impulse geben. Diese Rolle kann die Friedensbewegung aber nur einnehmen, wenn sie alle Infiltrations- und Vereinnahmungsversuche durch rechte oder sektiererische Kräfte abwehrt.

e) Auf einigen Politikfeldern konnten Bewegungen das bestehende Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten ändern z. B. Klimaschutz, Gesundheit/Pflege, Wohnen. Noch fehlt aber der große Erfolg, der als Signal gegen neoliberale Politik die politische Stimmung im Land nachhaltig verändern kann.

Wir demonstrieren und die Herrschenden regieren – so stellt sich die politische Situation in den letzten Jahren allzu oft dar. Trotz klarer Zustimmung einer Bevölkerungsmehrheit gegen Aufrüstung oder Armutsrenten, für bezahlbare Mieten und gegen Privatisierungen werden durch die Regierenden immer wieder Fakten geschaffen, die das genaue Gegenteil bewirken. Die sozialen Bewegungen haben insgesamt gesehen weniger ein Mobilisierungs- als ein Durchsetzungsproblem. Das hat langfristig demoralisierende Wirkungen. Deshalb benötigen wir dringend Antworten auf die Frage, wo und wie wir mit Bewegungen Erfolge erzielen können. Hierzu bedarf es einer breiten Debatte auf Grundlage der oben beschriebenen Anstrengungen zur Vernetzung.

Widersprüchliche Entwicklungen müssen wir im Bereich der Frauenpolitik feststellen. So setzt sich in immer mehr Teilen der Gesellschaft (Politik, Medien, Wissenschaft usw.) eine Geschlechter-berücksichtigende Sprache durch, aber in anderen Bereichen der Gleichberechtigung ist – typisch für Krisenzeiten - eher ein Rollback zu verzeichnen.

Kaum zu glauben, dass im 21. Jahrhundert noch immer Ärzt:innen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, mit dem Paragraphen 219a kriminalisiert werden und ihnen Strafen drohen, wenn sie ihre Patientinnen informieren.

Angriffe auf erkämpfte Frauenrechte und -strukturen wie z. B. Gleichstellungsbeauftragte, Frauenhäuser und die zarten Pflänzchen von Frauenforschung führen vor allem die alten und neuen Rechten. Frauen die für ihre Rechte eintreten, kommen in ihrem Feindbild gleich hinter den Flüchtlingen.

Innerhalb der Gewerkschaften fordern die Frauen mit am konsequentesten UmFAIRteilen von Reichtum und Arbeit, letzteres vor allem durch eine kürzere Vollzeit für alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Aber auch die gewerkschaftliche Frauenbewegung hat unter den Einschränkungen für Aktivitäten, denen die Gewerkschaften insgesamt unterlagen, gelitten und muss sich für Aktionen in der Öffentlichkeit und auch für Diskussionen innerhalb der Gewerkschaften teilweise neu finden.

Mut macht, dass sich in den letzten Jahren neue Bewegungen in der Frauenpolitik entwickelt haben, in denen sich vor allem viele junge Frauen engagieren. Ein Beispiel ist die Bewegung Frauenstreiktag. Weltweit wehren sich Frauen damit gegen Neoliberalismus, Korruption, politische Verrohung, gegen Rassismus, Sexismus und Gewalt an Frauen aber auch gegen Armut und Krieg oder ausbeuterische Arbeitsverhältnisse. Auch wenn diese Bewegung in Deutschland noch recht klein ist, bietet sie interessante neue Ansätze in der Frauenbewegung, denn viele dieser jungen Frauen haben nicht nur Gleichstellung, sondern Emanzipation, also Befreiung, als Ziel und stellen die gesellschaftlichen Verhältnisse bei uns und weltweit infrage, in denen Frauenunterdrückung und -ausbeutung in all ihren Facetten heute noch möglich ist.

Ausblick

Bereits einleitend haben wir angemerkt, dass wir vom Ergebnis der Bundestagswahlen keine grundlegende Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse erwarten. Aus den hier vorgestellten Thesen dürfte deutlich geworden sein, dass kapitalistische Profitorientierung, Rechtsentwicklung und steigende Kriegsgefahr die Krisendramatik eher noch beschleunigen. Die herrschenden Kräfte sind nicht in der Lage und wohl auch nicht gewillt, Lösungen zu erarbeiten, die Profite, Macht und Einfluss gefährden könnten.

Nach den Bundestagswahlen wird es aus unserer Sicht daher nötiger denn je sein, dass linke und demokratische Kräfte in diesem Land sich zusammenfinden und sich auf gemeinsame Initiativen verständigen für Frieden sichernde, soziale, ökologische und demokratische Auswege aus der Krisendynamik.

Die kapitalistische Produktionsweise bildet die wesentliche Ursache für die vielfältigen Krisenprozesse, der Zwang zur Profiterzielung ist der größte Bremsklotz für fortschrittliche Veränderungen. Das Privateigentum an Produktionsmitteln, an Rohstoffen und Maschinen ebenso wie an geistigen Erkenntnissen, die private

Verfügung über menschliche Arbeitskraft schadet dem Wohl der Allgemeinheit in nie zuvor gekanntem Ausmaß. Ohne Übertreibung lässt sich sagen, dass die Existenz der Menschheit auf dem Spiel steht. Mindestens eine Einschränkung der Macht marktbeherrschender Unternehmen sollte angestrebt werden, weiter gehend und besser noch wäre die Vergesellschaftung von Grund und Boden, von Naturschätzen und Produktionsmitteln, was nach dem Grundgesetz nach Artikel 14/15 des GG zum Wohle der Allgemeinheit zulässig ist. Nach aktueller Krisenlage aber wären diese Schritte unmittelbar notwendig.

Wir stellen unsere Gedanken und Vorschläge zur Diskussion. Dabei wenden wir uns nicht nur an die Kommunisten innerhalb und außerhalb der DKP, sondern darüber hinaus an die breite Öffentlichkeit, vor allem an die fortschrittlichen Kräfte, an Gewerkschaften und Bewegungen. Ebenso wichtig ist aber, dass wir sehr konkret und praktisch nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit und des unmittelbaren gemeinsamen Handelns für aktuelle Anliegen und Forderungen suchen.

Es kommt uns nämlich darauf an, die Welt zu verändern.